

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Bundesbank - Finanzplanungsrat -
Gentechnik - EU - NAFTA**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1993) : Kurz kommentiert: Bundesbank - Finanzplanungsrat - Gentechnik - EU - NAFTA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 12, pp. 613-614

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137069>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesbank
Zinskunststück

Auf der Sitzung am 2. Dezember hat der Zentralbankrat das Kunststück vollbracht, die Leitzinsen nicht zu verändern und doch zu senken. Unverändert blieben Diskont- und Lombardsatz mit 5,75% und 6,75%. Gesenkt wurde der dritte Leitzins, der Wertpapierpensionssatz, von 6,25% auf 6%. Dieser neue Satz wurde auch gleich bis Januar festgeschrieben. Weitere Leitzinssenkungen sind vor Anfang 1994 nicht mehr zu erwarten. Die Bundesbank hält so den Zinsrahmen konstant, führt das Geldmarkt-Zinsniveau jedoch an den unteren Rand dieses Rahmens heran. Eigentlich müßte damit allen, die bisher entweder unveränderte oder niedrigere Zinsen wünschten, der Wind aus den Segeln genommen sein.

Kritiker, zu denen im Oktober auch die Wirtschaftsforschungsinstitute zählten, die in der besorgniserregenden gegenwärtigen Konjunkturphase zwar das Programm der Zins- und Geldmengenlockerung begrüßten, nicht aber deren zögerliche Durchsetzung, sind gleichwohl noch unzufrieden. Zwar kam es seit Oktober schon zu einer Diskont- und Lombardsatzsenkung von 0,5%. Die Geldmarktsätze sanken sogar um fast einen Prozentpunkt. Doch liegen die Geldmarktzinsen im Fristenbereich bis zu einem Jahr noch immer über den Kapitalmarktzinsen. Es rentiert sich weiterhin, Geldanlagen zu halten und dafür Investitionen noch hinauszuzögern. Richtig ist, daß die Bundesbank weder die Kapitalmarktzinsen steuern kann, noch die Konjunktur steuern sollte. Sie kann und sollte aber für eine den beginnenden Aufschwung stärkende Investitionsatmosphäre sorgen. de

Finanzplanungsrat
Ziel verfehlt

Anfang Dezember trat der Finanzplanungsrat zusammen, ein Gremium aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden, das die Haushalts- und Finanzplanungen koordinieren und Empfehlungen für eine – den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende – Zuwachsrate der öffentlichen Gesamtausgaben geben soll. Dieses Ziel wurde verfehlt. Zwar will der Finanzplanungsrat das Ausgabenwachstum aller Gebietskörperschaften auf durchschnittlich 3% begrenzen. Die sich aus den

Haushaltsplanungen für 1994 ergebenden Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts weisen aber eine Zuwachsrate von 6 1/2% aus; ohne die erstmalige Einbeziehung des Bundeseisenbahnvermögens liegt der geplante Ausgabenzuwachs bei 4% und damit über der Zielmarke.

Die ostdeutschen Länder und Gemeinden wollen nächstes Jahr ihre Ausgaben um 8% erhöhen. Expansive Haushalte im Osten sind wohl auch notwendig, um die Defizite bei der Ausstattung mit öffentlicher Infrastruktur zu beseitigen. Unterstellt, daß dieses so akzeptiert wird, hätten die übrigen Gebietskörperschaften entweder ihre Ausgaben für den westlichen Teil der Bundesrepublik stärker als vorgesehen beschränken müssen oder sie hätten dem 3-Prozent-Ziel beim gesamtdeutschen Ausgabenzuwachs so nicht zustimmen dürfen. Der Widerspruch ist aber nur ein scheinbarer: Zwischen Bund, westdeutschen Ländern und Gemeinden hat sich der finanzpolitische Verteilungsstreit, der mit dem Solidarpakt beendet schien, wieder verschärft. Bei konjunkturell bedingt knappen Kassen versucht eben jeder, dem anderen die Last der Anpassung zuzuschieben. ws

Gentechnik
Abbau von Standortnachteilen

Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat sich jetzt über die Reform des Gentechnikrechts geeinigt. Sie sieht Erleichterungen und Verkürzungen der Genehmigungsverfahren für gentechnische Arbeiten und Anlagen vor, von denen nach dem Stand der Wissenschaft kein oder nur ein geringes Risiko für Mensch und Umwelt ausgeht. Der Großteil der Arbeiten und Anlagen fällt in diese Kategorien. Diese Änderung verringert in erheblichem Maße die rechtlichen Hemmnisse für die gentechnische Forschung und Produktion in Deutschland, ohne dadurch – den internationalen Erfahrungen nach zu urteilen – die Sicherheit zu beeinträchtigen. Sofern das neue Recht zügig und sachgerecht von den Behörden umgesetzt wird, dürften kaum noch regulatorisch bedingte Nachteile des Standortes Deutschland gegenüber anderen Standorten existieren. Bislang haben deutsche Unternehmen die Verlagerung von gentechnischen Forschungs- und Produktionskapazitäten in das Ausland fast ausschließlich mit diesem Standortnachteil begründet.

Die Erwartung, daß jetzt in Deutschland die Aktivitäten in diesem zukunftssträchtigen Technikgebiet rasch expan-

dieren, muß jedoch gedämpft werden. Einerseits ist die Rückverlagerung von Auslandskapazitäten nach Deutschland wenig wahrscheinlich. Andererseits gab und gibt es auch andere gewichtige Gründe für Auslandsengagements: Die Nähe zu den weltweit führenden Forschungseinrichtungen in den USA sowie die Notwendigkeit, auf Auslandsmärkten präsent zu sein, um die Vermarktung zu erleichtern, dürften dabei die wichtigsten sein. Das ändert aber nichts daran, daß die Reform die Attraktivität Deutschlands für Gentechnik-Investitionen erhöht und letztlich in diesem Bereich mehr Arbeitsplätze in Deutschland entstehen, als es mit dem bisherigen Recht möglich wäre. al

EU

Umstrittene Kommissionsvorschläge

Der Abbau der sehr hohen und kontinuierlich ansteigenden Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, die in erheblichem Maße aus strukturellen Problemen resultiert, ist die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe in der EU. Auf Brüsseler Ebene sind in jüngster Zeit eine Vielzahl von Papieren erschienen oder werden vorbereitet, die sich mit der Revitalisierung der europäischen Wirtschaft beschäftigen. Sarkastisch wurde in diesem Zusammenhang angemerkt, daß bei positiver Korrelation zwischen Papierflut und Erfolg die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sicher sei. Die gegenwärtig wohl wichtigsten Brüsseler Rezepturen zur wirtschaftlichen Wiederbelebung sind in dem „Weißbuch über eine mittelfristige Strategie für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ und in den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft“ enthalten. Die beiden von der Kommission ausgearbeiteten Papiere sind im Zusammenhang zu sehen.

Auch wenn die Papiere in der Öffentlichkeit insgesamt nur in Umrissen bekannt sind, wurde eine Reihe von problematischen – zum Teil auf Intervention von Mitgliedsländern wieder revidierten oder getilgten – Ansätzen bekannt. So wurde der Gedanke von zwei- bis dreiprozentigen Senkungen des kurzfristigen Zinses u.a. von der Bundesrepublik als inakzeptabel angesehen. Sie stehen nicht im Einklang mit dem deutschen Stabilitätskonzept. Weiter verfolgt wird der ordnungspolitisch brisante Ansatz der Gewährung von Zinssubventionen für Klein- und Mittelunternehmen. Großkalibrige Kreditprogramme u.a. für den Ausbau transeuropäischer Verkehrs- und Kommunikationsnetze, wie sie die Kommission vorschlägt

und in erheblichem Umfang wohl durch Gemeinschaftsanleihen zu finanzieren wären, sind kein Garant für die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen. Insbesondere die deutsche Seite befürchtet zudem eine Überbeanspruchung der Kapitalmärkte. Wichtig wäre vor allem, daß den papierernen europäischen Bekenntnissen Taten folgen. Ein erfolgreicher Abschluß der GATT-Runde wäre sicherlich das beste Fitneß- und Konjunkturprogramm für die EU. kr

NAFTA

Konstruktiver Regionalismus

Mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) schaffen die USA, Kanada und Mexiko vom 1. Januar 1994 an eine Freihandelszone (einschließlich beträchtlicher Erleichterungen der Faktormobilität) von ähnlichen Dimensionen, wie sie der Europäische Wirtschaftsraum aus EU und EFTA aufweist: Das Sozialprodukt der drei Länder beträgt zusammen 6,3 Billionen \$ (EWR: 7 Billionen \$), die Anzahl der Verbraucher beläuft sich auf annähernd 370 Millionen (EWR: 375 Millionen).

Gegenüber Drittländern – hierin wieder dem EWR ähnlich – werden explizit keine neuen Handelsschranken errichtet. Da die Außenzölle bereits relativ niedrig sind, nachdem insbesondere Mexiko in den vergangenen Jahren den Zollabbau einseitig – und nicht diskriminierend – kräftig vorangetrieben hat, ist auch nicht mit einer größeren Umlenkung von Handelsströmen zu rechnen; die Handelsschaffung – intern, aber auch extern – dürfte klar dominieren. Ein dunkler Fleck sind allerdings die strengen Local-content-Vorschriften bei Automobilen und Textilien, da sie implizit den Import von Vorprodukten aus Drittländern diskriminieren.

Daß aber die NAFTA-Länder ihren Verbund nicht als „closed shop“ verstehen, wurde bereits unmittelbar nach dem überraschend klaren Pro-NAFTA-Votum des US-Repräsentantenhauses auf der APEC-Konferenz in Seattle deutlich; dort beschlossen sie zusammen mit einer Reihe asiatisch-pazifischer Länder ein weitreichendes Angebot für den multilateralen Zollabbau. Wenig später führte Mexiko die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Venezuela und Kolumbien zum erfolgreichen Abschluß. Vor allem aber dürfte NAFTA es erleichtert haben, die Stolpersteine für die Uruguay-Runde aus dem Weg zu räumen. Insgesamt ist es daher ein Beispiel für konstruktiven Regionalismus. ko